

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 11.-14. Juni 2018 in Straßburg

[07-06-2018 - 16:44]

Plenartagung

Plenardebatte mit niederländischem Premier Mark Rutte über die Zukunft Europas	3
Der niederländische Premierminister Mark Rutte ist der siebte in einer Reihe von EU-Staats- und Regierungschefs, der am Mittwochmorgen ab 10 Uhr mit den Abgeordneten über die Zukunft Europas debattiert.	
Die EU und das Atomabkommen mit dem Iran: Wie geht es weiter?	4
Die Abgeordneten werden am Dienstag mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini über die Folgen der Entscheidung von US-Präsident Donald Trump diskutieren, das Atomabkommen mit dem Iran zu beenden, sowie über die Reaktionen der EU darauf.	
Asylsystem, Haushalt, Brexit: Debatte zum nächsten EU-Gipfel	5
Am Dienstag werden die Abgeordneten über die Hauptthemen des nächsten EU-Gipfels diskutieren. Dies sind Migration, Sicherheit und Verteidigung, der langfristige Haushalt der EU, die Brexit-Verhandlungen und die Reform der Eurozone.	
Europawahl 2019: Neue Sitzverteilung im Parlament	6
Das EU-Parlament soll 46 seiner 751 Sitze verlieren, wenn das Vereinigte Königreich die EU verlassen hat. Über ein entsprechendes Gesetz stimmen die Abgeordneten am Mittwoch ab.	
EU-weite Vorschriften für die Sicherheit von Drohnen	7
Die Abgeordneten werden über neue EU-weite Regeln abstimmen, um den sicheren Einsatz von Drohnen zu gewährleisten und die Marktentwicklung voranzutreiben.	
Justizreform in Polen: Debatte mit Frans Timmermans	8
Die Justizreform in Polen steht im Mittelpunkt einer Plenardebatte mit dem Ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, am Mittwoch ab 15.00 Uhr.	
Abgeordnete befragen die Kommission zur Wirtschafts- und Währungsunion ..	9
Die Abgeordneten werden die EU-Kommission am Dienstag über die Fortschritte bei der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) vor dem Hintergrund der im Dezember vorgelegten Pläne und der jüngsten Entwicklungen befragen.	
Intensivierung der EU-Cyber-Abwehr und der Zusammenarbeit mit der NATO ..	10
Am Dienstag erörtert das Parlament die Stärkung der Cyber-Abwehr der EU, einschließlich der Einrichtung eines schnellen Cyber-Reaktionsteams, der Förderung eines Erasmus-Austauschprogramms für junge Offiziere, der Durchführung von Cyber-Übungen und der engen Zusammenarbeit mit der NATO.	
Weitere Tagesordnungspunkte	11
Weitere Themen auf der Tagesordnung	



Plenartagung

Armin WISDORFF

BXL: (+32) 2 28 40924
STR: (+33) 3 881 73780
PORT: +32 498 98 13 45
EMAIL: presse-DE@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

BXL: (+32) 2 28 31141
STR: (+33) 3 881 73603
PORT: (+32) 498 98 33 32
EMAIL: presse-DE@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

STR: (+33) 3 881 64025
PORT: (+49) 151 172 57 196

Huberta HEINZEL

STR: (+33) 3 881 74646
PORT: (+43) 676 550 3126

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/plenary>

Weitere Informationen

- [Tagesordnung](#)
- [Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)
- [Europarl TV](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)
- [EP Newshub](#)
- [EPRS Plenary podcasts on key issues](#)

Plenartagung

Plenardebatte mit niederländischem Premier Mark Rutte über die Zukunft Europas

Der niederländische Premierminister Mark Rutte ist der siebte in einer Reihe von EU-Staats- und Regierungschefs, der am Mittwochmorgen ab 10 Uhr mit den Abgeordneten über die Zukunft Europas debattiert.

Als Mitglied der liberal-konservativen Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) wurde Mark Rutte 2010 erstmals zum Ministerpräsidenten der Niederlande ernannt.

Nach dem irischen Premierminister [Leo Varadkar](#) am 17. Januar, dem kroatischen Premierminister [Andrej Plenković](#) am 6. Februar, dem portugiesischen Premierminister [António Costa](#) am 14. März, dem französischen Präsidenten [Emmanuel Macron](#) am 17. April, dem belgischen Premier [Charles Michel](#) am 3. Mai und dem luxemburgischen Regierungschef [Xavier Bettel](#) am 30. Mai wird die Aussprache mit Mark Rutte die siebte in einer Reihe von Debatten zwischen den Staats- bzw. Regierungschefs der EU und den Abgeordneten des Europäischen Parlaments über die Zukunft der Europäischen Union sein.

Der Präsident des Europäischen Parlaments Präsident [Antonio Tajani](#) und Mark Rutte werden am Mittwoch um 12:30 Uhr vor dem Protokollsaal Erklärungen vor der Presse abgeben.

Im Juli wird der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki die Debattenreihe auf der Plenarsitzung in Straßburg fortführen.

Debatte: Mittwoch, den 13. Juni

Verfahren: Debatte über die Zukunft der Europäischen Union, ohne Entschließung

Pressekonferenz: Mittwoch, den 13. Juni um 12:30 Uhr vor dem Protokollsaal

#FutureofEU @MinPres @markrutte

Weitere Informationen

- [Webseite von Mark Rutte \(Lebenslauf\)](#)
- [Europäisches Parlament: Die Zukunft Europas](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Die EU und das Atomabkommen mit dem Iran: Wie geht es weiter?

Die Abgeordneten werden am Dienstag mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini über die Folgen der Entscheidung von US-Präsident Donald Trump diskutieren, das Atomabkommen mit dem Iran zu beenden, sowie über die Reaktionen der EU darauf.

Die EU stehe geschlossen hinter der Atomvereinbarung mit dem Iran, während andere Fragen, wie die Unterstützung des Iran für das syrische Regime oder das Programm für ballistische Raketen, mit anderen Mitteln angegangen werden sollten. Dies sagte der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, David McAllister (EVP, DE) im Anschluss an die Entscheidung Trumps, die US-Sanktionen im Rahmen des Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplans (JCPOA) nicht weiter auszusetzen.

Die Abgeordneten werden voraussichtlich auch die Konsequenzen der Iran-Entscheidung des US-Präsidenten für Geschäftsvereinbarungen zwischen dem Iran und EU-Unternehmen wie z.B. Total oder Airbus erörtern.

Hintergrundinformationen

Im Juli 2015 unterzeichneten der Iran und sechs Länder (Frankreich, Deutschland, Großbritannien, China, Russland und die USA) sowie die EU den Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA), ein richtungweisendes Abkommen, um sicherzustellen, dass das iranische Atomprogramm friedlich bleibt, im Austausch für die Einstellung restriktiver Maßnahmen gegen den Iran.

Debatte: Dienstag, den 12. Juni

Verfahren: Erklärungen der EU-Außenbeauftragten mit anschließender Debatte

#Irandeal #JSPOA

Weitere Informationen

- [Erklärung des Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten \(08.05.2018, auf Englisch\)](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: „Future of the Iran nuclear deal – How much can US pressure isolate Iran?“ \(auf Englisch\)](#)

Plenartagung

Asylsystem, Haushalt, Brexit: Debatte zum nächsten EU-Gipfel

Am Dienstag werden die Abgeordneten über die Hauptthemen des nächsten EU-Gipfels diskutieren. Dies sind Migration, Sicherheit und Verteidigung, der langfristige Haushalt der EU, die Brexit-Verhandlungen und die Reform der Eurozone.

Die Staats- und Regierungschefs der EU werden am 28. und 29. Juni in Brüssel zusammentreffen, um sich mit den dringendsten EU-Themen zu befassen. Dazu gehört auch die Frage, wie das gemeinsame Asylsystem der EU vorangetrieben werden kann. Die Fortschritte bei den laufenden Brexit-Verhandlungen werden im EU-27 Format erörtert.

Weitere Themen sind der nächste langfristige EU-Haushalt (mehrfähriger Finanzrahmen - MFR), Sicherheit und Verteidigung, Innovation, digitales Europa und die Reform der Eurozone (im Format des Euro-Gipfels).

Debatte: Dienstag, den 12. Juni

Verfahren: Debatte ohne Entschließung

#EUCO #MFF #EUBudget #Brexit #eurozone @eucopresident @EU2018BG

Weitere Informationen

- [Tagung des Europäischen Rates, 28./29.6.2018](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Europawahl 2019: Neue Sitzverteilung im Parlament

Das EU-Parlament soll 46 seiner 751 Sitze verlieren, wenn das Vereinigte Königreich die EU verlassen hat. Über ein entsprechendes Gesetz stimmen die Abgeordneten am Mittwoch ab.

Die vom Parlament am 7. Februar 2018 vorgeschlagene Umverteilung der Sitze würde nicht nur die Größe des Parlaments von 751 auf 705 Abgeordnete verringern, sondern auch 46 der 73 britischen Sitze, die durch den Brexit frei werden, in eine Reserve stellen. Die anderen 27 ehemaligen britischen Sitze würden auf die 14 EU-Länder verteilt, die derzeit in diesem Haus leicht unterrepräsentiert sind.

Einige oder alle der 46 Sitze in der Reserve könnten dann in Zukunft auf neue EU-Mitgliedsländer umverteilt oder einfach nicht besetzt werden, um die Größe der Institution zu verringern. In Artikel 14 des Vertrags über die Europäische Union heißt es, dass das Parlament nicht mehr als 750 Mitglieder (Präsident nicht eingeschlossen) haben darf.

[Tabelle mit der vorgeschlagenen Verteilung der Sitze auf die Mitgliedstaaten](#)

Die Abstimmung am Mittwoch wird die endgültige Bestätigung der vorgeschlagenen Sitzverteilung sein, die dann noch von den Staats- und Regierungschefs der EU auf dem Gipfel am 28. und 29. Juni in Brüssel gebilligt werden muss. Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen des Parlaments muss den Vorschlag vor der Plenarsitzung annehmen. Die Abstimmung im Ausschuss ist für Montag, den 11. Juni vorgesehen.

Abstimmung: Mittwoch, den 13. Juni 2018

Verfahren: Zustimmungsverfahren

#EP2019

Weitere Informationen

- [Berichterstatterin Danuta Maria Hübner \(EVP, PL\)](#)
- [Berichterstatter Pedro Silva Pereira \(S&D, PT\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Hintergrundinformationen: Zusammensetzung des Europäischen Parlaments](#)
- [Studie: „The composition of the European Parliament“ \(auf Englisch\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

EU-weite Vorschriften für die Sicherheit von Drohnen

Die Abgeordneten werden über neue EU-weite Regeln abstimmen, um den sicheren Einsatz von Drohnen zu gewährleisten und die Marktentwicklung voranzutreiben.

Am Dienstag werden die Abgeordneten über den mit dem Rat vereinbarten Entwurf über EU-weite Vorschriften für Drohnen und Drohnenbetreiber abstimmen, um die Sicherheit, den Schutz der Privatsphäre und den Schutz personenbezogener Daten zu gewährleisten.

Beispielsweise muss der Betreiber einer Drohne sicherstellen können, dass sie sich in sicherer Entfernung zu anderen Objekten im Luftraum befindet, und die Drohnen müssen so konstruiert sein, dass sie ohne Gefährdung von Personen betrieben werden können.

Angesichts der zunehmenden Verwendung von Drohnen schlug die Kommission im Rahmen einer Aktualisierung der EU-Flugsicherheitsvorschriften europaweite Regeln für solche Fluggeräte vor, um deren Sicherheit zu verbessern und die Marktentwicklung zu fördern, die durch fragmentierte nationale Vorschriften behindert wird. Bisher wurden Drohnen mit einem Gewicht von weniger als 150 kg auf nationaler Ebene reguliert.

Die Abgeordneten verlangen auch, dass Betreiber von Drohnen, die Menschen im Fall einer Kollision Schaden zufügen können, registriert und die Drohnen zur Identifizierung gekennzeichnet werden müssen.

Die Europäische Agentur für Flugsicherheit und die EU-Kommission werden für die Entwicklung detaillierterer EU-weiter Vorschriften auf der Grundlage dieser Prinzipien zuständig sein.

Sie werden festlegen, welche Drohnen zertifiziert werden müssen – aufgrund des Risikos, das mit ihrem Verwendungszweck verbunden ist. Außerdem werden die Bedingungen festgelegt, unter denen Drohnen mit den erforderlichen Merkmalen und Funktionen insbesondere im Zusammenhang mit Höchstentfernungs- und Flughöhenbeschränkungen, Beschränkung hinsichtlich des Überfliegens bestimmter geografischer Gebiete, Kollisionsvermeidung, Flugstabilisierung und Landeautomatik ausgestattet sein müssen.

Debatte: Montag, den 11. Juni

Abstimmung: Dienstag, den 12. Juni

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

Weitere Informationen

- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(23.01.2018\)](#)
- [Berichterstatter Marian-Jean Marinescu \(EVP, RO\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: „New civil aviation safety rules“ \(auf Englisch\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Justizreform in Polen: Debatte mit Frans Timmermans

Die Justizreform in Polen steht im Mittelpunkt einer Plenardebatte mit dem Ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, am Mittwoch ab 15.00 Uhr.

Die polnische Regierung führt eine umfassende Justizreform durch, die nach Angaben der EU-Kommission die Unabhängigkeit der Justiz und dem Grundsatz der Gewaltenteilung entgegenläuft. Die EU-Kommission hat [im Dezember 2017 ein Verfahren eingeleitet](#), das mit EU-Sanktionen gegen Warschau enden könnte. Sie hat auch Vertragsverletzungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof gegen einige polnische Rechtsakte eingeleitet.

Die proeuropäischen polnischen Nichtregierungsorganisationen beantragen nun beim Gerichtshof eine einstweilige Verfügung, um die für den Obersten Gerichtshof Polens geplanten Änderungen zu stoppen, die am 3. Juli in Kraft treten sollen und eine beträchtliche Zahl von Richtern zwingen würde, in den Vorruhestand zu gehen.

Das Parlament hat im März eine Entschließung verabschiedet, in der die Aktivierung von [Artikel 7 Absatz 1 des EU-Vertrags](#) (Verfahren zur möglichen Feststellung einer eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der EU-Werte) befürwortet wird. Die Abgeordneten forderten die EU-Regierungen auf, klarzustellen, ob Polen von einer solchen Verletzung der EU-Werte bedroht ist, und wenn ja, Lösungen vorzuschlagen.

Debatte: Mittwoch, den 13. Juni

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission mit anschließender Debatte, ohne Entschließung

#RuleOfLaw #Art7

Weitere Informationen

- [Entschließung vom 1. März 2018 zu dem Beschluss der Kommission, im Hinblick auf die Lage in Polen das Verfahren gemäß Artikel 7 Absatz 1 EUV einzuleiten](#)
- [Bedenken zur Rechtsstaatlichkeit in Polen: Artikel 7-Verfahren](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Abgeordnete befragen die Kommission zur Wirtschafts- und Währungsunion

Die Abgeordneten werden die EU-Kommission am Dienstag über die Fortschritte bei der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) vor dem Hintergrund der im Dezember vorgelegten Pläne und der jüngsten Entwicklungen befragen.

Die Abgeordneten sich erwartungsgemäß erkundigen, wie die Mitgliedstaaten zur Idee eines Europäischen Währungsfonds stehen, was die Kommission tun wird, um die demokratische Rechenschaftspflicht bei jeder weiteren Vertiefung der WWU zu gewährleisten, und wie mit dem langfristigen Haushalt der EU eine vertiefte WWU unterstützt werden soll.

Die Vorschläge, die in den letzten Monaten von verschiedenen Staatschefs, nicht zuletzt von Frankreich und Deutschland, unterbreitet wurden, werden ebenfalls erörtert.

Die Kommission hat im Dezember 2017 einen Fahrplan zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion vorgelegt.

Debatte: Dienstag, den 12. Juni

Verfahren: Mündliche Anfrage an die Kommission mit anschließender Debatte

#EMU

Weitere Informationen

- [Mündliche Anfrage an die Kommission](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

Intensivierung der EU-Cyber-Abwehr und der Zusammenarbeit mit der NATO

Am Dienstag erörtert das Parlament die Stärkung der Cyber-Abwehr der EU, einschließlich der Einrichtung eines schnellen Cyber-Reaktionsteams, der Förderung eines Erasmus-Austauschprogramms für junge Offiziere, der Durchführung von Cyber-Übungen und der engen Zusammenarbeit mit der NATO.

Am Mittwoch wird eine entsprechende Entschließung zur Abstimmung gestellt.

In dem Entschließungsentwurf stellen die Abgeordneten fest, dass Russland, China und Nordkorea, aber auch nichtstaatliche Akteure an böswilligen Cyberaktivitäten beteiligt sind. Zu solchen Aktivitäten gehören unter anderem Angriffe auf kritische Infrastruktur, Cyberspionage und Massenüberwachung von EU-Bürgern, die Unterstützung von Desinformationskampagnen und die Verbreitung von Schadprogrammen (Wannacry, NotPetya usw.), durch die etwa der Zugang zum Internet beschränkt wird. Dies erfordere eine entschlossene und einheitliche Reaktion der EU, so die Abgeordneten.

EU-NATO

In einem weiteren Entschließungsentwurf zu den Beziehungen zwischen EU und NATO, der ebenfalls am Dienstag zur Debatte und am Mittwoch zur Abstimmung steht, betonen die Abgeordneten, dass keine der beiden Organisationen über das vollständige erforderliche Instrumentarium verfügt, um neue Sicherheitsbedrohungen, die hybrider und unkonventioneller geworden sind, alleine bewältigen zu können.

Neben der Verbesserung der Zusammenarbeit bei der Cyber-Verteidigung wollen die Abgeordneten, dass sich die strategischen Beziehungen zwischen der EU und der NATO auf die strategische Kommunikation, die Verbesserung der Lageerfassung, den Austausch von Verschlussachen, die Eindämmung der irregulären Migrationsströme und die Beseitigung von Hindernissen für die rasche und reibungslose Beförderung von militärischem Personal und Gerät innerhalb der EU konzentrieren.

Debatten: Dienstag, den 12. Juni (Cyber-Verteidigung, EU-NATO)

Abstimmungen: Mittwoch, den 13. Juni (Cyber-Verteidigung, EU-NATO)

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

#cyberdefence @NATO

Weitere Informationen

- [Entschließungsentwurf \(Cyber-Verteidigung\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(16.05.2018\)](#)
- [Berichterstatter Urmas Paet \(ALDE, EE\) - Cyber-Verteidigung](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Cyber-Verteidigung\)](#)
- [Entschließungsentwurf zu den Beziehungen zwischen der EU und der NATO](#)
- [Berichterstatter Ioan Mircea Paşcu \(S&D, RO\) – EU-NATO](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(EU-NATO\)](#)
- [Video: 3 Fragen zur europäischen Verteidigung](#)

Plenartagung

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Entwicklung einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen europäischen Aquakulturbranche - Bericht: Carlos Iturgaiz, *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Besetzte Gebiete in Georgien zehn Jahre nach der russischen Invasion - Erklärung der EU-Außenbeauftragten, *Debatte Dienstag*
- Verhandlungen über ein neues Partnerschaftsabkommen EU/AKP - Anfragen zur mündlichen Beantwortung, *Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Weitere Makrofinanzhilfe für die Ukraine - Bericht: Jarosław Wałęsa, *Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Clearingpflicht, Meldepflichten, Risikominderungstechniken und Transaktionsregister - Bericht: Werner Langen (COD), *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- CO2-Emissionen und Kraftstoffverbrauch neuer schwerer Nutzfahrzeuge - Bericht: Damiano Zoffoli (COD), *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Sachstand der Freizeidfischerei in der EU - Bericht: Norica Nicolai, *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Modernisierung des Bildungswesens in der EU - Bericht: Krystyna Łybacka, *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Verhandlungen über die Neufassung des Assoziierungsabkommens EU/Chile - Bericht: Charles Tannock, *Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Insolvenzverfahren: aktualisierte Anhänge zu der Verordnung - Bericht: Tadeusz Zwiefka (COD), *Abstimmung Mittwoch*
- Abkommen EU/Island über zusätzliche Regeln in Bezug auf Außengrenzen und Visa für 2014 bis 2020 - Empfehlung: Anders Primdahl Vistisen (COD), *Abstimmung Mittwoch*
- Abkommen EU/Schweiz über zusätzliche Regeln in Bezug auf Außengrenzen und Visa für 2014 bis 2020 - Empfehlung: Claude Moraes (COD), *Abstimmung Mittwoch*
- Kohäsionspolitik und Kreislaufwirtschaft - Bericht: Davor Škrlec, *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen - Bericht: Andreas Schwab (COD), *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Umsetzung des EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma und Folgemaßnahmen - Erklärungen des Rates und der Kommission, *Debatte Mittwoch*
- Strukturelle und finanzielle Hürden beim Zugang zu Kultur - Bericht: Bogdan Andrzej Zdrojewski, *Debatte Mittwoch*
- Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts im Jahr 2016 - Bericht: Kostas Chrysogonos, *Abstimmung Donnerstag*
- Vorstellung des Jahresberichts 2017 über Menschenrechte und Demokratie in der Welt und die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich, *Debatte Dienstag, Erklärung der EU-Außenbeauftragten*
- Autonome Waffensysteme, *Debatte Dienstag, Abstimmung Donnerstag, Erklärung der EU-Außenbeauftragten*
- Erster Jahrestag der Unterzeichnung des Übereinkommens von Istanbul – Stand der Dinge, *Debatte Mittwoch, Erklärungen des Rates und der Kommission*

Plenartagung

- Inkraftsetzen der übrigen Bestimmungen des Schengen-Besitzstands über das Schengener Informationssystem in der Republik Bulgarien und in Rumänien, Macovei, *Abstimmung Mittwoch*
- Anfrage zur mündlichen Beantwortung an den Rat und an die Kommission zur Verbesserung des Spracherwerbs und die gegenseitige Anerkennung von Sprachkenntnissen in der EU, *Debatte Mittwoch*
- Schließung des EU-Elfenbeinmarktes zur Bekämpfung der Wilderei, *Debatte Mittwoch*, Erklärung der Kommission
- Verwendung von ohne Fahrer gemieteten Fahrzeugen im Güterkraftverkehr, Monteiro de Aguilar (COD), *Abstimmung Donnerstag*
- Einspruch gegen eine delegierte Verordnung (EU) 2017/118 der Kommission zur Festlegung von Bestandserhaltungsmaßnahmen zum Schutz der Meeresumwelt der Nordsee, *Abstimmung Donnerstag*.